



Detailansicht des Registereintrags

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Stand vom 18.11.2025 17:04:26 bis 02.12.2025 20:19:47

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001215
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	18.11.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Röpkestraße 12 30173 Hannover Deutschland Telefonnummer: +4951198246030 E-Mail-Adressen: nds@nds-fluerat.org kw@nds-fluerat.org Webseiten: www.nds-fluerat.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen,
Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,30

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Claire Deery**
Funktion: 1. Vorstandsvorsitzende
2. **Dündar Kelloglu**
Funktion: 2. Vorsitzender und Kassierer
3. **Melanie Weyerstall**
Funktion: Schriftführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (15):

1. **Weber Kai**
2. **Sigmar Walbrecht**
3. **Karim Alwasiti**
4. **Annika Hesselmann**
5. **Zahra Lessan**
6. **Maryam Mohammadi**
7. **Caroline Mohrs**
8. **Simon Wittekindt**
9. **Muzaffer Öztürkyilmaz**
10. **Friederike Vorwergk**
11. **Norbert Grehl-Schmitt**
12. **Anke Eglomassé**
13. **Claire Deery**
14. **Dündar Kelloglu**
15. **Melanie Weyerstall**

Gesamtzahl der Mitglieder:

529 Mitglieder am 15.06.2024, davon:

451 natürliche Personen

78 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e. V. - NTFN e.V. - ntfn.de
2. Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e. V. - BumF e.V. - b-umf.de

3. Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants- PICUM - picum.org
4. United for Intercultural Action - www.unitedfia.org

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (5):

Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Durch direkte Anschreiben, Positionspapiere, Stellungnahmen und Pressemitteilungen wird unmittelbar der Kontakt mit Politiker*innen, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages, gesucht.

Im Schwerpunkt wird die Interessenvertretung ausgeübt, um angesichts der immer restriktiver werdenden Asyl- und Migrationspolitik gesetzliche und administrative Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene so mitzugestalten, dass sie den Schutzbedürfnissen Geflüchteter entsprechen und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig fördern.

Die Interessenvertretung umfasst insbesondere auch den unmittelbaren Austausch mit Bundestagsabgeordneten, Bundesministerien, EU-Abgeordneten sowie relevanten Institutionen der Europäischen Union. Zudem werden Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt zu denen regelmäßig auch Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden, um diese von unseren Positionen zu überzeugen.

Konkrete Regelungsvorhaben (19)

1. Abschiebungsstopp Afghanistan

Beschreibung:

Es soll eine Regelung erlassen werden, die es verbietet, afghanische Staatsangehörige nach Afghanistan abzuschicken

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

2. Abschiebungsstopp Syrien

Beschreibung:

Es soll eine Regelung erlassen werden, die es verbietet, syrische Staatsangehörige nach Syrien abzuschieben

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

3. Abschiebungsstopp für irakische Jesid:innen

Beschreibung:

Es soll eine Regelung erlassen werden, die die Abschiebung von Irakischen Staatsangehörige mit jesidischer Volkszugehörigkeit in den Irak verbietet

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

4. Abschaffung bzw. Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes

Beschreibung:

Das Asylbewerberleistungsgesetz soll abgeschafft werden. Auch Personen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung sollen im Bedarfsfall Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch und nicht nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Das Asylbewerberleistungsgesetz soll zumindest reformiert werden. Die Bezahlkarte soll abgeschafft bzw. diskriminierungsfrei ausgestaltet werden. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sollten maximal 15 Monate gezahlt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

5. Aufhebung von Beschäftigungsverboten für Menschen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung

Beschreibung:

Die Arbeitsverbote für Menschen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung sollen ausnahmslos aufgehoben werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Erleichterung und Ausweitung des Familiennachzugs

Beschreibung:

Personen, die den subsidiären Schutz erhalten haben, sollen im Hinblick auf den Familiennachzug gleichgestellt werden mit Personen, die eine Asylanerkennung nach dem Grundgesetz bzw. eine Flüchtlingsanerkennung nach der GFK haben.

Auch minderjährige Geschwister von Personen, die in Deutschland eine Asyl- bzw. GFK-Anerkennung erhalten haben oder als subsidiär Schutzberechtigte anerkannt sind, sollen gemeinsam mit ihren Eltern zu ihren minderjährigen Geschwistern nachziehen dürfen.

Betroffenes geltendes Recht:

[AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

7. Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Beschreibung:

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht soll umfassend modernisiert werden. Alle Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, sollten sich unbürokratisch einbürgern lassen können. Das ius soli soll Einzug in das Staatsangehörigkeitsrecht finden.

Betroffenes geltendes Recht:

[RuStAG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

8. Umsetzung des Gemeinsames Europäisches Asylsystem

Beschreibung:

Nach Inkrafttreten der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems hat die Bundesregierung zwei Jahr Zeit, diese in Deutschland umzusetzen. Hierbei muss eine menschenrechtskonforme Umsetzung gewährleistet werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 20/13964 \(Vorgang\) \[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des AZRG und weiterer Gesetze in Folge der Anpassung des nationalen Rechts an das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS-Anpassungsfolgegesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\) \[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992 \[alle RV hierzu\]](#); [AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#); [AsylbLG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

9. Beendigung des EU-Türkei-Abkommens**Beschreibung:**

Im Gegenzug für die Zahlung von Milliarden durch die EU verpflichtet sich die Türkei, Fluchtrouten abzuriegeln und Flüchtlinge, die es dennoch nach Griechenland schaffen, wieder aufzunehmen. Dieses Abkommen soll beendet werden.

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]

10. Evakuierung verletzter Kriegsoffer aus dem Gaza-Streifen.**Beschreibung:**

Menschen aus dem Gazastreifen, die körperlich oder seelisch im Rahmen der Kampfhandlungen verletzt wurden, sollen in Deutschland Aufnahme finden.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

11. Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure insbesondere aus Russland, Belarus und der Ukraine**Beschreibung:**

Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine sollen ausnahmslos Asyl in Deutschland erhalten.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

12. Kindergrundsicherung auch für Asylsuchende und Menschen mit Duldung**Beschreibung:**

Die Kindergrundsicherung soll auch auf Kinder erstreckt werden, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/9092 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

13. Einführung einer Adressermittlungspflicht des BAMF / Adressmitteilungspflicht von Landes- und Kommunalbehörden**Beschreibung:**

Sofern Empfänger von Bescheiden nicht unter der beim BAMF hinterlegten Adresse erreichbar sind, soll das BAMF verpflichtet werden, eine Adressermittlung vorzunehmen, bevor es sich auf die Zustellungsfiktion berufen kann. Außerdem sollen die einschlägigen Landes- und Kommunalbehörden verpflichtet werden, dem BAMF jeden Adresswechsel von Amtswegen mitzuteilen.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; VwZG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

14. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes**Beschreibung:**

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz soll grundlegend reformiert werden. Folgende elf Punkte sollen dabei erreicht werden

Anwendungsbereich auf öffentliche Stellen ausweiten

Rechtsdurchsetzung stärken u.a. durch Einführung einer Verbandsklage

Diskriminierungsschutzes für alle Diskriminierungskategorien vereinheitlichen

Diskriminierungskategorien erweitern

Diskriminierungsformen erweitern

Geltendmachungsfrist anheben

Beweislasterleichterung erweitern

Entschädigungen abschreckend gestalten

Arbeitgebende stärker in die Pflicht nehmen

Kirchenprivileg an europäische Vorgaben anpassen

Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

15. Abschiebungsstopp Iran**Beschreibung:**

Es soll eine Regelung erlassen werden, die es verbietet, Menschen in den Iran abzuschieben

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

16. Forderungen nach Schutz vor Diskriminierung für behinderte Menschen in der Migrationspolitik**Beschreibung:**

Das Staatsangehörigkeitsgesetz, das Sozialgesetzbuch und weitere Gesetze sollen so geändert werden, dass nicht-deutsche staatsangehörige Menschen mit Behinderung eine bedarfsgerechte Versorgung erhalten und aktiv an der Gesellschaft teilnehmen können.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]; RuStAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

17. Aussetzung des Familiennachzugs verhindern**Beschreibung:**

Die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär schutzberechtigten Personen soll verhindert werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/321 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

18. Kein Leistungsausschluss für Menschen im Dublin-Verfahren**Beschreibung:**

Menschen im Dublin-Verfahren sollen nach einer Übergangszeit von zwei Wochen nach Ablehnung ihres Asylantrags als unzulässig überhaupt keine Sozialleistungen mehr erhalten. Diese Regelung soll aufgehoben werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12805 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

19. Ende des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan verhindern**Beschreibung:**

Das humanitäre Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan soll fortgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (9):**1. Europäische Kommission**

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 280.001 bis 290.000 Euro

Förderung des Netzwerkprojekts "AMBA + Aufnahmemanagement und Beratung für Asylsuchende in Niedersachsen" im Rahmen des Asyl-, Integration und Migrationsfonds der Europäischen Union.

2. Europäische Kommission

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

Förderung des Netzwerkprojekts "AZG – Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete" im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus)

3. **Land Niedersachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Stellenförderung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Migrationsberatung in Niedersachsen" (Richtlinie Migrationsberatung)

4. **Land Niedersachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

Institutionelle Förderung für den Betrieb der Geschäftsstelle und die Verbandsarbeit des Flüchtlingsrates im Rahmen der Landeshaushaltsordnung (LhIO) und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

5. **Land Niedersachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung des Netzwerkprojekts "AMBA + Aufnahmemanagement und Beratung für Asylsuchende in Niedersachsen" im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Teilhabe von zugewanderten Menschen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Richtlinie Teilhabe und Zusammenhalt) des Landes Niedersachsen.

6. **Land Niedersachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Förderung des Projekts "Wege ins Bleiberecht 2 - WIB 2" im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die allgemeine Förderung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben und für außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich"

7. **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro

Förderung des Netzwerkprojekts "AZG – Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete" im Rahmen des ESF- Plus Programms „WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt"

8. **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Förderung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung nach § 12a AsylG

9. **Land Niedersachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Durchführung einer Sozialpsychologischen Beratung in der JVA Hannover Abteilung
Abschiebungshaft Langenhagen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

70.001 bis 80.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

30.001 bis 40.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Bilanz-GuV_2024_fuer-Transparenzregister-1.pdf](#)